Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

[illegible] Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 43.

[illegible]

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. [illegible]

Nr. 152 | Mittwoch, den 2. Juli 1924 | 19. Jahrgang

Der Eindruck der deutschen Militärkontrollnote in Frankreich.

Das Pariser „Journal" meldet: Der alliierte Militärrat ist für Mittwoch nach Versailles eingeladen. Marschall Foch ist telegraphisch aus seinem Erholungsurlaub nach Paris zum Kriegsministerium berufen worden. General Castelnau hat sich zu dem „Journal"-Vertreter über den Inhalt der deutschen Zustimmungsnote dahin geäußert, daß nur eine mehrjährige ununterbrochene Kontrolle Deutschlands Frankreich die Sicherheit vor neuen Ueberfällen gäbe, denn die deutsche chemische Industrie sei noch heute die erste der Welt und würde den nächsten Krieg entscheiden.

•

„Havas" begleitet die Veröffentlichung der deutschen Antwortnote mit dem kurzen redaktionellen Zusatz, in dem es heißt, daß die Alliierten in eine Bindung auf die deutschen Vorbehalte, die Entwaffnungskontrolle als die letzte anzusehen und sie bis zum 30. September zu beenden, nicht eingehen könnten, weil ausschließlich die Erfüllungsbereitschaft Deutschlands hierfür maßgebend sei. Die deutsche Antwort bringe jedoch die Zustimmung zur Generalkontrolle, die innerhalb weniger Tage in Deutschland aufgenommen werden könne.

Kein einziges Pariser Morgenblatt findet die deutsche Kontrollnotenantwort ganz vorbehaltlos befriedigend; aber die ganze Linkspresse ist äußerst zufrieden mit dem Ton der Note, die auch Deutschlands Wunsch nach endgültigem Frieden in Europa deutlich bekunde. Aber Marx und Stresemann müßten die Bemühungen Herriot und Macdonalds nicht bloß loben, sondern auch unterstützen. Dies vermöchten sie nur durch eine demokratische Haltung, denn sonst würden Macdonald und Herriot über das Ergebnis ihrer Bemühungen stürzen. Ganz unzufrieden mit der „unannehmbaren" Note ist die Rechtspresse.

Billigung in der englischen Presse. Die Presse veröffentlicht die deutsche Antwortnote in der Frage der Militärkontrolle zum Teil im Wortlaut und bezeichnet sie als eine Annahme der alliierten Forderungen. Der versöhnliche Ton der deutschen Antwort wird hervorgehoben und es wird allgemein darauf hingewiesen, daß die von gewissen Pariser Blättern verbreiteten Gerüchte über den ablehnenden Inhalt der deutschen Note jeder Grundlage entbehren. Im Zusammenhang damit findet der gestrige zustimmende Artikel des Pariser „Temps" viel Beachtung.

Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette" schreibt: Die deutsche Note hätte keine der befürchteten Vorbehalte enthüllt und lasse die vorhergegangenen Kommuniques lächerlich erscheinen. Der Pariser Berichterstatter der „Morningpost" schreibt: Der versöhnliche Ton der deutschen Note habe die Pariser Presse überrascht. Der Pariser Berichterstatter des „Daily Chronicle" betont die günstige Aufnahme der deutschen Note in Paris. Die deutsche Annahme einer allgemeinen Untersuchung durch die interalliierte Militärkommission habe Ueberraschung und Beruhigung verursacht.

Der Nachfolger Nollets.

Der Ministerrat hat den General Walsch als Nachfolger des Generals Nollet zum Vorsitzenden der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin ernannt.

Verlängerung der Micumverträge.

Die Verhandlungen zwischen der Sechserkommission und der Micum haben sich in Düsseldorf bis in die Nacht hineingezogen. Um ½12 Uhr kam man endlich zu einer Vereinbarung, die das Abkommen vom 1. 7. bis zum Inkrafttreten des Sachverständigengutachtens verlängern soll. Dabei wird die Kohlensteuer auf 75 Pfg. ermäßigt, ferner An- und Ausfuhrabgaben, sowie die Zu- und Ablaufgebühren auf die Hälfte herabgesetzt. Die Abgaben für Nebenprodukte auf 1 Prozent ermäßigt und die zu liefernden Mengen für Benzol auf 10 Prozent wie bisher festgesetzt, für Pech von 10 auf 6 herabgesetzt, für die übrigen Nebenprodukte von 10 auf 8 Prozent. Ferner wird eine Ermäßigung der zu liefernden Kohlen auf die Streikzeit auf 27 Prozent der Nutzförderung zugestanden. Die Sechserkommission erklärte vor der Unterzeichnung des Abkommens ausdrücklich, daß die Verlängerung des Abkommens für den Monat August von der Möglichkeit der Finanzierung abhänge. Sie werde hierüber in den nächsten Tagen mit der Regierung verhandeln und hat sich der Micum gegenüber vorbehalten, den Vertrag zum 31. 7. zu kündigen, falls die Verhandlungen mit der Regierung eine Finanzierungsmöglichkeit nicht ergeben.

Die Reichsregierung ihrerseits, so meldet WTB., konnte nicht zulassen, daß im Falle des Abbruches der Verhandlungen das besetzte Gebiet neuen Sanktionen und Willkürakten, sowie Betriebsstillegungen ausgesetzt wird und daß im besetzten Gebiet Konflikte heraufbeschworen werden, die für die gesamtpolitische Situation kurz vor dem Zusammentritt der Londoner Konferenz die verhängnisvollsten Folgen hätten haben müssen. Die Reichsregierung hat sich daher bereit erklärt, dem Ruhrbergbau gegenüber für den Monat J u l i d i e H ä l f t e d e r M i c u m l a s t e n z u ü b e r n e h m e n unter der Voraussetzung, daß die von der Micum in Aussicht gestellten unzureichenden Erleichterungen noch erweitert werden und daß die Verlängerung der Micumverträge auf den Monat Juli beschränkt bleibt. Die Reichsregierung hat sich aus den oben dargelegten Gründen zu einer finanziellen Beihilfe für einen Monat entschlossen, obwohl die Finanzlage des Reiches eine solche Beihilfe auch nur für einen Monat an sich nicht gestattet. Eine Beihilfe für eine längere oder gar für unbegrenzte Zeit kann bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches nicht verantwortet werden. Die Reichsregierung hat nicht unterlassen, von der Tatsache dieser finanziellen Beihilfe die französische und die belgische Regierung noch während der Verhandlungen mit der Micum zu unterrichten und sie um eine entsprechende entgegenkommende Weisung an die Micum zu bitten. Gleichwohl ist die Micum von ihrem Standpunkt der Verlängerung auf unbegrenzte Zeit nicht abgegangen. Das einzige, was sie zugestanden hat, ist, daß die Verträge jeweils zum Monatsschluß gekündigt werden können. Die Sechserkommission mußte schließlich am 30. Juni in später Nachtstunde dies annehmen in der Erwägung, daß ihr immerhin die Möglichkeit blieb, durch Kündigung ihrer Verpflichtungen gegenüber der Micum auf eine Zeit zu beschränken, für die ihr eine finanzielle Beihilfe des Reiches zugestanden war.

Da angesichts der bevorstehenden Londoner Konferenz und im Hinblick auf die allseitigen Bemühungen für eine möglichst rasche Wirksammachung des Sachverständigengutachtens die Reichsregierung damit rechnen mußte, daß der Uebergangszustand mit Ablauf des Monats Juli sein Ende findet, hat sie der Sechserkommission heute anheimgegeben, das Abkommen schon jetzt für den 31. Juli zu kündigen.

Ermäßigung der Kohlenpreise.

E s s e n, 1. Juli. In der heutigen Mitgliederversammlung der Ruhrkohlen-A.-G. wurden die Kohlenpreise um durchschnittlich 20 Prozent herabgesetzt.

Die Heimkehrenden ohne Wohnungen.

Die Besatzungsarmee hat dem Oberbürgermeister von Düsseldorf amtlich mitgeteilt, daß die Beschaffung von Wohnungen für die amnestierten Ausgewiesenen Angelegenheit der Stadt sei und daß eine Aufhebung der militärisch beschlagnahmten Wohnungen der Ausgewiesenen nicht in Frage komme. Die gleichen Eröffnungen wurden den Magistraten der übrigen großen Städte gemacht, so Essen, Duisburg und Ruhrort. Die Anordnung der Besatzungsarmee bedeutet die praktische Aufhebung der Rückkehrsmöglichkeit für fast alle Amnestierten.

In Wiesbaden hat die französische Besatzung neuerdings 400 Wohnungen beschlagnahmt, so daß die Stadt Wiesbaden kaum in der Lage ist, dieser Anzahl Genüge zu leisten, geschweige denn für den zu erwartenden Zustrom Ausgewiesener irgendwelche Räume zur Verfügung zu stellen.

•

Im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete wurde die Ausgewiesenenfrage behandelt. Von der Reichsregierung wurde betont, daß von den Ausgewiesenen höchstens zehn Prozent in ihre Wohnungen zurückkehren könnten, denn der größte Teil der Wohnungen sei von der französischen Militärbehörde beschlagnahmt worden. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die vom Kabinett Herriot erfolgte Zurücknahme der Ausweisungen systematisch durch entgegenwirkende Maßnahmen der französischen Militärbehörden, insbesondere durch neuerliche Beschlagnahme der letzten noch zur Verfügung stehenden Wohnungen im besetzten Gebiet, p r a k t i s c h v ö l l i g s a b o t i e r t wird, so daß auch nicht einmal gerechnet werden konnte, daß 10 000 der Ausgewiesenen ihre Wohnungen wieder zur Verfügung erhalten.

Die Schupo bleibt ausgewiesen.

Der französische Pressedienst meldet: Einige Blätter haben an die Nachricht über den Gnadenerlaß für die Ausgewiesenen die Meldung geknüpft, daß nun auch die ausgewiesenen Schupobeamten zurückkehren dürfen. Hierzu ist zu erklären, daß die Düsseldorfer Schupobeamten, wie in dem Brief des Oberkommandanten an den Düsseldorfer Oberpräsidenten bemerkt wird, von dem Gnadenerlaß ausdrücklich ausgeschlossen werden.

Der Tribut für die Besatzung.

Wie der „Matin" meldet, ist am 30. Juni eine neue deutsche Teilzahlung von 32 Millionen Goldmark für die Kosten der Besatzungsarmee von der Kriegslastenkommission geleistet worden.

Die neuen Minister des Kabinetts Mussolini.

Von den neuen Ministern ist C a s a t i, der das Kultusministerium übernimmt, Mailänder Patrizier. Er war Delegationschef für den Frieden von St. Germain und für die Fiumer Verhandlungen und ist r e c h t s l i b e r a l e r Deputierter. Der Arbeitsminister S a r o c c h i, gleicher Richtung, ist Advokat aus Siena. Das Volkswirtschaftsministerium übernimmt Senator N a v a, im Kriege Staatssekretär für Munition, nachher Minister für die befreiten Gebiete, zuletzt Präsident der Mailänder Messe. Die Kolonien übernimmt Fürst D i s c a l e a, der sizilianischem Adel entstammt. Er war Staatssekretär für Auswärtiges und Kriegsminister. K e i n e r d e r n e u e n M i n i s t e r i s t F a s c h i s t. Die Ernennung neuer Unterstaatssekretäre wird erst in den nächsten Tagen erwartet, da die neuen Minister diese mit auswählen. Die Popolari sind nicht beteiligt. Ihr Mitglied Ropino legte sein Amt als Vizepräsident der Kammer nieder. Die Giolittianer stellten für ihren Eintritt Bedingungen, die Mussolini ablehnte. Die Neubildung wird von der Opposition einschließlich der dissidenten Faschisten scharf kritisiert und für ungenügend erklärt. Tatsächlich ist aber die Opposition in einer Sackgasse, da sie ihre Partie mit der Rückkehr in die Kammer geben würde. Die Botschaft des Königs, die zur Klugheit und Versöhnlichkeit mahnt, dürfte wesentlich mit dazu beitragen, das Eis zu brechen. Der neue Polizeichef Moncalle schafft eine neue Polizei, die an Stelle der städtischen Polizei neben die Carabinieri tritt.

Annahme des Mietzinssteuergesetzes im Landtage

D r e s d e n, 1. Juli 1924. Nach Eröffnung der Sitzung wird sofort in die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die

Mietzinssteuer

eingetreten.

Abg. Beutler (D.-N.) begründet den Minderheitsantrag seiner Fraktion, die S t a a t s s t e u e r n i c h t a u f z e h n, s o n d e r n a u f f ü n f v o m H u n d e r t d e s N u t z u n g s w e r t e s f e s t z u s e t z e n. Der Entwurf basiere auf der dritten Steuernotverordnung des Reiches. Diese habe in weiten Kreisen direkte Verzweiflung hervorgerufen. Ob es sich empfehle, ein Gesetz auf diese Steuernotverordnung, die umgestaltet werden müsse, aufzubauen, erscheine mindestens zweifelhaft. Die Aufwertung in der dritten Steuernotverordnung führe zu großem Unrecht. Was dort aufgewertet werde, sei keine Aufwertung, sondern die Wegnahme eines großen Teiles berechtigter Ansprüche. Seine Fraktion werde die ganze Vorlage ablehnen, wenn keine Herabsetzung des Staatsanteiles im Sinne des Minderheitsantrages erfolge.

Abg. F e l l i s c h (Soz.) erstattet nun noch den Ausschußbericht. Wie Fellisch ausführt, habe der Ausschuß bedauert, daß die Mitzinssteuer durch die Steuernotverordnung des Reiches zum großen Teile zu einer fiskalischen Steuer geworden sei. Nicht die Höhe der Steuer sei beanstandet worden, sondern der geringe Teil, der für den eigentlichen Zweck, den Wohnungsbau, abfalle. Es sei das einmütige Bestreben des Ausschusses darauf gerichtet gewesen, diesen Satz von 7½ Prozent auf 10 Prozent zu erhöhen. Auf wessen Kosten sollten nun die 2½ Prozent abgezwackt werden? Die Staatsregierung habe sehr durchschlagende Argumente geltend gemacht, daß der Staatshaushalt im Gleichgewicht erhalten werden müsse. Auch bei den Gemeinden habe man aus denselben Gründen nichts kürzen können. Der Ausschuß sei schließlich darauf zugekommen, in Vorschlag zu bringen, daß die Bezirksverbände und bezirksfreien Gemeinden 2 Prozent des Nutzungswertes der Gebäude erheben. Dadurch werde die Mietzinssteuer von 25 auf 27 Prozent erhöht. Die Allgemeinheit werde die Heraufsetzung billigen, da es sich um die Erfüllung sozialer Aufgaben handle.

Abg. S i e w e r t (Komm.) bezeichnet die Steuer, sozial gesehen, als die niederträchtigste, die es gebe. Sie belaste die Armen und Unterdrückten in brutaler und rücksichtsloser Weise. Der Redner beantragt: „Die Aufwertungssteuer beträgt jährlich 15 Prozent. Der Gesamtertrag ist zu zwei Dritteln zur Förderung des Wohnungsbaues, zu einem Drittel für Wohlfahrtspflege zu verwenden."

Abg. R ö l l i g (D. Vp.) nennt den Hausbesitzer den Steuerbüttel für Staat und Gemeinde. Wenn er aber Mittel haben wolle, sein Haus wieder instandzusetzen, würden die Taschen zugehalten. Die Steuer führe zu den allergrößten Bedenken. Nötiger als die Balancierung des Staatshaushaltes sei die Erhaltung der Wirtschaft. Man solle den Hausbesitzern nicht nur Pflichten auferlegen, sondern ihnen auch Rechte gewähren.

Finanzminister Dr. Reinhold

erklärt namens der Regierung, daß diese dem Gesetz durchaus nicht sympathisch gegenübergestanden habe. Die sächsische Regierung habe in Berlin gegen die sogenannte Mietzinssteuer protestieren lassen und auf die Erhöhung der direkten Steuern verwiesen. Nachdem aber die Länder hinsichtlich der Balancierung des Haushaltplanes auf diese Steuer zurückgedrängt worden waren, sei man gezwungen gewesen, die Steuer auszuschöpfen. Die sächsische Regierung habe sich bemüht, die sozialen Momente so sehr wie möglich zu berücksichtigen. Was den Wohnungsbau anlange, so sei man weit über den in der Steuernotverordnung vorgesehenen Satz hinausgegangen. Sachsen marschiere mit den 10 Prozent mit Preußen an der Spitze. Die Not der Erwerbslosen, Kleinrentner usw. würde berücksichtigt werden. Daß der Staat einen Teil der Mittel für Wohlfahrtszwecke in Anspruch nehme, nachdem die Hausbesitzer ihre Hypotheken in der Inflationszeit zurückgezahlt hätten, sei ein sozialer Gedanke. Es sei außerordentlich nötig, daß der Staat seinen Etat balanciere, weil in diesem Augenblick, in dem es auf eine Stabilerhaltung der Währung ankomme, es von großer Wichtigkeit sei, nicht wieder in den Zustand hineinzugeraten, wo die Ausgaben nur zu einem